
FDP Odenwaldkreis

NACH TODESFALL FORDERT FDP HÖCHSTE CORONA-IMFPRIORITÄT FÜR NIEDERGELASSENE ÄRZTE

17.02.2021

Täglich seien ambulant tätige Haus- und Fachärzte mit der Herausforderung konfrontiert, sowohl Corona-positive Patienten, als auch Patienten mit unklarem Status und mit anderen Erkrankungen zu versorgen, so der FDP Kreisvorsitzende Dr. Alwin Weber. Auch in den Praxen stünden Ärztinnen und Ärzte in der Pandemie an vorderster Front.

Weber sieht sich auch durch wiederholte Forderung von Ärztekammer und Kassenärztlicher Vereinigung bestätigt, in der unmittelbaren Patientenversorgung tätige, niedergelassene Ärzte samt Assistenzpersonal umgehend gegen Corona impfen zu lassen. "Leider stehle sich die Landesregierung bisher aus ihrer Verantwortung. Nur alibimäßig Hausärzte, die Altenheime versorgen vordringlich zu impfen, reiche nicht", so der Freidemokrat Weber.

Hessen impft bislang nach Impfverordnung des Bundes, die niedergelassenen Ärzten eine „hohe“ Priorität, also Stufe 2, aber nicht „höchste“ Priorität einräumt. Die FDP-Fraktion im hessischen Landtag hatte jüngst einen [Antrag in den hessischen Landtag eingebracht, Hausärzte in die oberste Kategorie hochzustufen](#). Dieser wurde allerdings im letzten Sozialausschuss mit den Stimmen der Regierungsfractionen CDU und Grüne sowie von Linken und AfD abgelehnt.

„Angesichts der Bedeutung des ambulanten Bereiches für die Behandlung der meisten COVID-Patienten habe ich kein Verständnis für die Verweigerung der dem Risiko entsprechenden Impfpriorisierung für die ambulanten Arztpraxen und ihrer Teams“, sagte Weber.

Weber zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt angesichts des „Vordrängels“ beim

Impfen, über das es bereits jetzt Medienberichte gibt: „Wenn jetzt schon Menschen geimpft werden, die eigentlich von der Priorität noch nicht dran sind, führt das dazu, dass dieser Impfstoff für die besonders zu schützenden Gruppen fehlt. Und es erschüttert das Vertrauen in ein funktionierendes, gerechtes Impfsystem. Bislang ist unklar, wie sie solche Ungerechtigkeiten durch Landesregierung beendet werden.